

22.21

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Bundesminister! Damen und Herren des Hohen Hauses! Noch unter unserer Regierungsbeteiligung wurden, um den Gewaltschutz in Österreich auf ein noch höheres Niveau zu heben, einige Änderungen vorgenommen.

Unter anderem wurde gesetzlich verankert, dass Personen, von denen Gewalt ausgeht, sich nicht wie bisher lediglich freiwillig einer Gewaltpräventionsberatung unterziehen können, sondern sich nunmehr einer solchen verpflichtend zu unterziehen haben. Das ist neben der Arbeit mit dem Opfer ein wesentlicher Bestandteil, um den Gewaltschutz in Österreich voranzubringen und häusliche Gewalt zurückzudrängen.

Die aktuelle Änderung im Sicherheitspolizeigesetz sieht vor, dass die Kosten der Gewaltpräventionsberatung nunmehr vom Staat – und nicht mehr vom Gefährder, wie ursprünglich festgeschrieben – getragen werden. Begründet wird dies unter anderem damit, dass man in wirtschaftlich schweren Zeiten den Druck von den Familien nehmen will. Dem kann man sich anschließen, wenngleich man sagen muss – und das sage nicht ich, das sagen die Experten der Männerberatungsstellen –, dass Gewalt weder Sache des Alters noch der Einkommensgruppe ist, Gewalt gibt es überall – aber soll so sein.

Warum die Bezeichnung Gewaltpräventionszentrum jetzt ersetzt werden soll, erschließt sich mir nicht, aber es wird sich schon jemand etwas dabei gedacht haben, bitte sehr. Wir begrüßen, dass die Mittel der Opferarbeit aufgestockt werden sollen, das ist für uns keine Frage.

Es ist auch erfreulich, dass das Angebot für die Opfer von Zwangsheirat ausgebaut werden soll. Schön, dass sich ein Problembewusstsein dafür eingestellt hat, dass man Unkulturen, die sich leider auch in Österreich breitmachen, wirklich entschieden entgegentreten muss.

In diesem Sinne, Herr Bundesminister, geben Sie dem Druck, den es vielleicht vonseiten Ihres Regierungspartners gibt, nicht nach! Verfolgen Sie weiter den Kurs, den wir gemeinsam begonnen haben! Wer in Österreich leben will, muss unsere Kultur und unsere Lebensart respektieren, schätzen und sollte sie auch mittragen. Wenn er das nicht möchte, bleibt ihm immer noch die Reisefreiheit. Eine alternative Sicht dazu gibt es für uns nicht. – Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. **El-Nagashi**: Wer arbeitet denn gegen Zwangsverheiratung?! – Abg. **Angerer**: ... Äußerung vom Innenminister ...!)*

22.24

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Nächster Redner: Abgeordneter Bürstmayr. –
Bitte.